Die Chancenlüge

Bildung Wer in Deutschland als Kind armer Eltern geboren wird, gleicht diesen Nachteil meist nicht mehr aus. Das liegt auch daran, dass der Sozialstaat seine Milliarden falsch verteilt. Der soziale Aufstieg wird zum leeren Versprechen.

Kita-Spielplatz in Potsdam

FOTO: JENS GYARMATY / VISUM / DER SPIEGEL

In der Säuglingsstation der Berliner Charité bei Professor Christoph Bührer werden die Kinder nicht nur frei und gleich an Rechten geboren, sie bekommen auch fast alle den gleichen Strampelanzug und eine Mütze aus weichem Flanell. Erschöpft von den Strapazen der Geburt liegen sie dann Seite an Seite in ihrem Wärmebettchen, bei einer Temperatur von 36,6 Grad Celsius, und nichts deutet darauf hin, wer von ihnen später mal Gelehrter oder Fabrikbesitzer wird und wer Hilfsarbeiter oder Sozialfall.

Oder etwa doch?

Chefarzt Bührer hat eine erstaunliche Beobachtung gemacht: Die Frühchen auf seiner Station, von den Mehrlingen nach künstlicher Befruchtung abgesehen, stammen fast alle aus bescheidenen Verhältnissen. Ihre Mütter haben früh die Schule verlassen, leben in kleinen Wohnungen und beziehen Hartz IV. Bührer möchte nicht von „Unterschicht“ sprechen; er drückt es so aus: „Die Statistik zeigt einen klaren Zusammenhang zwischen Frühgeburtlichkeit und niedrigem Sozialstatus.“

Bührer vermutet, dass eine Mischung aus Ahnungslosigkeit, Geldsorgen und gesundheitsschädlichem Verhalten die Frühgeburten mit verursacht, genau wisse man es nicht. Bewiesen ist, dass die betroffenen Kinder einen doppelten Nachteil haben, weil sie ihr Leben lang sowohl unter den medizinischen Folgen der Frühgeburt als auch unter ihrem niedrigen Sozialstatus leiden.

Studien belegen, dass Bührers ehemalige Frühchen deutlich später sprechen lernen und sich schlechter bewegen als Durchschnittskinder. In der Schule bleiben sie öfter sitzen. Bei Langzeituntersuchungen kam heraus, dass frühgeborene Jungen mit unter tausend Gramm Gewicht im Erwachsenenalter etwa 25 Prozent weniger verdienen als Normalgeborene.

Für die Säuglinge im Wärmebettchen an der Charité heißt das: Es braucht schon ein kleines Wunder, damit sie es zum Professor oder Unternehmer bringen. Die Statistik spreche eher für Hilfsarbeiter oder Hartz IV, sagt Bührer: „Wir müssen davon ausgehen, dass Kinder mit niedrigem Sozialstatus nicht erst ab Geburt benachteiligt sind. Die Benachteiligung beginnt schon in der Schwangerschaft.“

Bührers Beobachtung ist bestürzend; sie bestätigt einen Trend: Deutschland entwickelt sich zur Klassengesellschaft.

Wer hierzulande arm geboren ist, wird aller Voraussicht nach arm bleiben. Häufiger als in vergleichbaren Industriestaaten hängt die Frage, welche Perspektiven ein Kind hat, von dessen Herkunft ab. Seine Aufstiegsmöglichkeiten sind gering. Ober-, Mittel- und Unterschicht leben abgeschottet voneinander wie in

einer Feudalgesellschaft früherer Jahrhunderte.

Der Sozialstaat bricht sein zentrales Versprechen, jedem die gleichen Chancen zu bieten. „Deutschlands Anspruch einer sozialen Marktwirtschaft ist nicht mehr als ein Mythos“, sagt Marcel Fratzscher, Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

Das hat Folgen für die Gesellschaft, denn auch bei Millionen Menschen der Mittelschicht macht sich Angst breit, den erreichten Status zu verlieren. Der Soziologe Heinz Bude spricht von Bildungspanik. Wehe dem, der den Anschluss verliert!

Die Chance, ein Studium zu beginnen, ist für ein Kind geringqualifizierter Eltern ein Drittel so hoch wie für ein Akademikerkind. Wer aus der Unterschicht stammt, lernt im Schnitt später schwimmen, wiegt mehr, verletzt sich häufiger im Straßenverkehr, ist häufiger Opfer von Gewalt.

Man erkennt es an den Zähnen. Während die meisten anderen Schulkinder ein tadellos gepflegtes Gebiss haben, sind bei den Kindern aus der Unterschicht die Zähne schlechter denn je, wie Schulzahnärzte herausgefunden haben. Die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung spricht von „Kariespolarisation“.

Und weil Arme mit Ausnahme von Neurodermitis und Zahnfehlstellung durch Daumenlutschen auch in vielen anderen medizinischen Kategorien schlechter abschneiden, müssen sie im Durchschnitt auch früher sterben als Reiche. Bei Männern beträgt der Unterschied zwischen oberer und unterer Einkommensgruppe in der Lebenserwartung 10,8 Jahre. Bei Frauen sind es 8,4 Jahre.

Eine neue Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung zeigt, wie der Alltag von 2,6 Millionen Kindern aus einkommensarmen und von Hartz IV abhängigen Familien von Verzicht und Mangel geprägt ist. 76 Prozent machen demnach noch nicht einmal eine Woche Urlaub im Jahr. Bei Kindern, die in gesicherten Verhältnissen aufwachsen, sind es nur 21 Prozent.

54 Prozent der armutsgefährdeten Kinder können laut der Studie nicht mindestens einmal im Monat ins Kino, Theater oder Konzert gehen. 31 Prozent können keine Freunde zum Essen einladen. Bei Antworten auf die Frage, ob sie sich ab und zu Kleidung kaufen können, sagen 29 Prozent Nein. 14 Prozent verfügen über kein Internet. 10 Prozent besitzen keine ausreichende Winterkleidung – und das in einem der reichsten Länder der Welt.

Es wäre falsch zu behaupten, die Politik ignoriere das Problem. Jeder neue Armutsbericht sorgt bei den im Bundestag vertretenen Parteien verlässlich für Empörung. Im Koalitionsvertrag von Union und SPD ist viel von „Armutsbekämpfung“, „Bildungsgerechtigkeit“ und „Chancengleichheit“ die Rede. Es gibt eine Kinderkommission des Deutschen Bundestages, just in dieser Woche wurde im Rahmen einer Expertenanhörung das Thema „Recht auf Bildung“ behandelt.

Geburtsmediziner Bührer: „Die Benachteiligung beginnt schon in der Schwangerschaft“

Kinder in Kindertagesstätte: Die Ärztevereinigung spricht von „Kariespolarisation“

Es mangelt auch nicht an Geld. Etwa 200 Milliarden Euro gibt Deutschland pro Jahr für die Unterstützung von Kindern, Ehen und Familien aus; das entspricht sieben Prozent der Wirtschaftsleistung. Es wimmelt von staatlichen Fürsorgeprogrammen mit so schönen Bezeichnungen wie „Bildungs- und Teilhabepaket“, „Offensive Frühe Chancen“ oder „Elternchance ist Kinderchance“. Fachleute des Bundesfamilienministeriums haben vor einiger Zeit versucht, alle Leistungen, Fördertöpfe und Hilfen in einer Liste zu erfassen; sie kamen auf etwa 160, ganz genau wisse man es leider selbst nicht.

Doch viele Leistungen zielen an den Problemen vorbei oder heben sich in ihrer Wirkung gegenseitig auf; das Förderversprechen der Politik erweist sich als Chancenlüge. In ihren Reden warb Familienministerin Manuela Schwesig dafür, mehr Geld für Betreuungseinrichtungen auszugeben, und kündigte ein „Kita-Qualitätsgesetz“ an. Wer die Lage armer Familien wirklich verbessern wolle, solle ihnen nicht mehr Geld zustecken, sondern müsse in Bildungsangebote investieren, so Schwesig.

Doch dann stellte die Ministerin vor zwei Wochen ihren Entwurf für ein „Familienpaket“ im Bundestag vor: Über eine Milliarde Euro werden demnächst für die Anhebung des Kinderfreibetrags, des Kindergelds und des Kinderzuschlags ausgegeben, alles Leistungen, die vor allem der Mittel- und Oberschicht zugutekommen. Für Investitionen in die Infrastruktur gibt es in dem Paket nicht einen einzigen zusätzlichen Cent. Das „Kita-Qualitätsgesetz“ hat Schwesig für diese Legislaturperiode auch schon wieder abgesagt.

FOTOS: JENS GYARMATY / VISUM / DER SPIEGEL

Oder das Betreuungsgeld. Eigentlich wollte die Große Koalition Eltern ermuntern, ihre Sprösslinge in eine Kindertagesstätte zu bringen. Doch nun zahlt sie monatlich 150 Euro aus, wenn die Eltern ihre Kinder nicht in die Kita schicken, sondern zu Hause verwahren – und sei es vor dem Fernseher.

Das sogenannte Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung ist derweil so kompliziert und bürokratisch geraten, dass es die Teilhabe eher erschwert. Und schließlich führt auch das Kompetenzgerangel zwischen Bund, Ländern und Kommunen dazu, dass Hunderte Millionen Euro Fördermittel für Hartz-IV-Familien nicht abgerufen werden. „Die staatliche Unterstützung für arme Familien orientiert sich zu wenig an den Bedarfen der Kinder und wird ihnen deshalb oftmals nicht gerecht“, heißt es in der neuen Bertelsmann-Studie.

Dabei sind sich Experten weitgehend einig darüber, was getan werden müsste, um für mehr Chancengerechtigkeit zu sorgen. Öffentliche Einrichtungen wie Kindergärten und Schulen sollten gestärkt und ausgebaut werden. Je früher Kinder aus der Unterschicht gefördert werden, umso besser.

Die Fachleute glauben nicht, dass es darum geht, die Eltern aus ihrer Erzieherrolle zu drängen. Anders als es die inszenierten Armutspornos im TV-Nachmittagsprogramm nahelegen, hätten auch die meisten Hartz-IV-Eltern großes Interesse daran, dass es ihren Kindern einmal besser geht. Doch es sei nötig, die Eltern zu unterstützen, mit gezielter Beratung und besseren Angeboten vor allem für Kinder im Vorschulalter.

Eine freie Gesellschaft muss ein gewisses Maß an Ungleichheit, die ja auch auf unterschiedliche Leistungsbereitschaft zurückgeht, aushalten. Doch dass Kinder unter ihren Möglichkeiten bleiben, nur weil sie das Pech hatten, im falschen Bett gezeugt worden zu sein, ist ein beschämender Befund.

Spielen

Von der Kindertagesstätte Villa Ritz bis zur Kita Kinderland sind es keine fünf Kilometer durch die Potsdamer Innenstadt, doch der Weg führt von ganz oben nach ganz unten, vom Luxus ins Elend. Man kommt sich vor wie in einem Charles-Dickens-Roman.

Potsdamer, die es sich leisten können, schicken ihr Kind in die private Villa Ritz, denn dort wird ihm viel geboten. Es gibt Klavier-, Geigen- und Gitarrenunterricht, Karate und Ballett, Reiten und Tanzen, Exkursionen ins Naturkundemuseum und sogar ein kleines Schwimmbad mit Sauna. In der Küche der Luxus-Kita wird dreimal täglich frisches Essen zubereitet, ausschließlich Bio- und Vollwertkost. Um eine Gruppe aus jeweils maximal 13 Kindern kümmern sich zwei Erzieher und zwei weitere Lehrkräfte.

Man kann es überambitioniert finden, wenn hier den Fünfjährigen Chinesisch beigebracht wird. Doch in Wahrheit wären wohl die meisten Eltern glücklich, wenn ihre Kinder überall so gut betreut würden wie in der Villa Ritz.

Es kostet dort allerdings auch mindestens tausend Euro im Monat.

Potsdamer, die sich das nicht leisten können, geben ihre Kinder stattdessen zum Beispiel in die Kita Kinderland. Ein Schwimmbad gibt es hier nicht. Das Gebäude müsste dringend saniert werden. Der Linoleumboden ist durchgetreten, an einigen Fensterrahmen bröckelt der Kitt. Auf dem Spielplatz im Garten stehen 20 Jahre alte Klettergerüste. Es gibt auch keinen Geigenunterricht und nur selten Exkursionen, denn das Geld ist knapp. Das Land Brandenburg stellt für Instrumente, Ausflüge, Bücher, Stifte und Spielzeug pro Kind insgesamt 35 Euro zur Verfügung, pro Jahr. Das macht 2,92 Euro im Monat.

Das Kinderland liegt im Viertel Am Schlaatz. Plattenbauten bestimmen das Bild, es gibt viele Sozialwohnungen und in der Nähe auch ein Flüchtlingsheim. Mehr als 60 Prozent der Kita-Kinder stammen aus Familien, die von Hartz IV oder anderen Sozialleistungen leben. Kita-Leiter Kevin Kühne, 29, macht sich keine Illusionen, was deren Zukunft betrifft. Etwa die Hälfte der Kinder, die im Sommer in die Schule kommen sollen, seien in Wahrheit nicht in der Lage, dem Unterricht zu folgen. „Sie haben den altersgemäßen Sprachstand nicht“, sagt Kühne, „sie werden es dort sehr schwer haben.“

Während sich in der Villa Ritz rechnerisch ein Pädagoge um drei Kinder kümmert, liegt das Verhältnis in der Kita Kinderland bei eins zu zwölf. Das entspricht dem, was das Brandenburger Kita-Gesetz zur Betreuung von Drei- bis Sechsjährigen für angemessen hält. Allerdings gelingt das nur um die Mittagszeit herum, wenn sich Früh- und Spätschicht überschneiden. In den Randzeiten, in Urlaubszeiten und bei Krankheitsausfällen ist eine Erzieherin mit bis zu 24 Kindern allein.

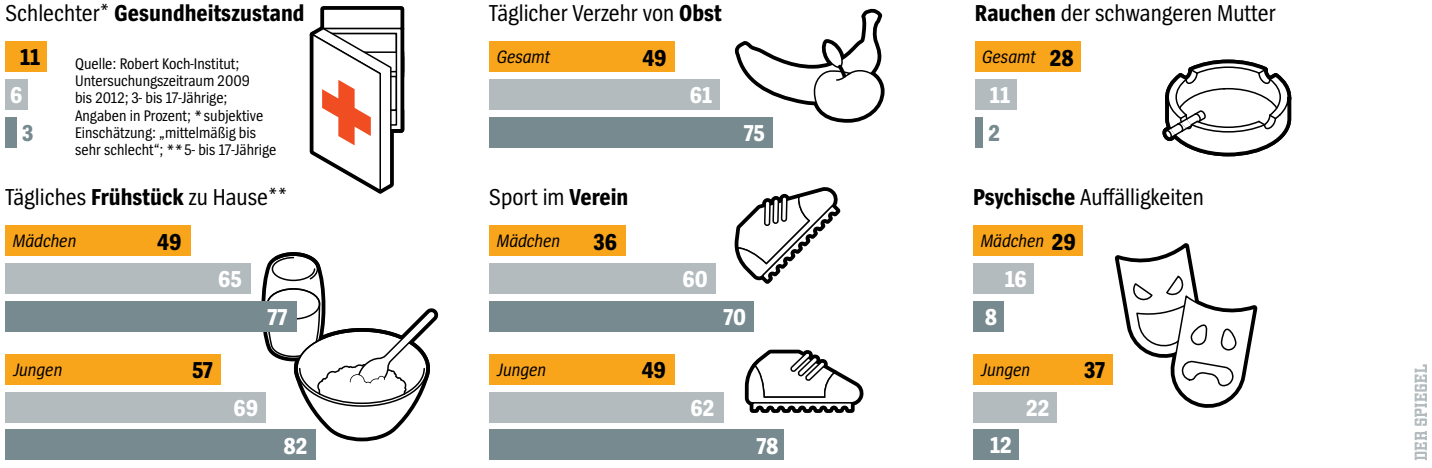
Die Politik hat präzise Vorstellungen von dem, was eine Kita leisten sollte. Die Kinder sollen sprechen und sich bewegen lernen, ein Interesse für Kunst, Musik und Naturwissenschaften entwickeln. In den Kita-Gesetzen der Bundesländer ist viel von „Qualifizierung“ und „Förderung“ die Rede. Doch wie soll das gehen, wenn sich die Betreuerin gleichzeitig mit zwei Dutzend Kindern beschäftigen soll?

In der Kita Kinderland kommt hinzu, dass einige Kinder einen „sonderpädagogischen Förderbedarf“ haben, wie es bei den Erziehern heißt. Diese Kinder brauchen besonders viel Aufmerksamkeit. Es kommt zum Beispiel vor, dass sich das Kind einer Flüchtlingsfamilie aus Angst vor einem Luftangriff in den Sandkasten

Ungesunde Armut

Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland

Sozialstatus: niedrig mittel hoch



DER SPIEGEL

wirft, wenn es ein Flugzeug über sich entdeckt.

Die Bundesregierung hat sich deshalb vor einiger Zeit das Programm „Frühe Chancen“ ausgedacht. Kitas mit vielen förderbedürftigen Kindern sollen daraus einen bescheidenen Zuschuss bekommen. Die Kita Kinderland konnte eine Halbtagskraft einstellen, um den Kindern beim Sprechenlernen zu helfen. Bei 190 Kindern hat sie viel zu tun, zu viel. In den nächsten Wochen will die Bundesregierung darüber entscheiden, wie es mit dem Programm „Frühe Chancen“ weitergeht.

Die OECD ist überzeugt, dass Deutschland falsche Prioritäten setzt. Im Vergleich etwa zu den skandinavischen Staaten sei die Bundesrepublik großzügig beim Auszahlen von Geldleistungen, aber geizig bei der Förderung von Kleinkindern. Das sei falsch, denn im Vorschulalter entscheide sich, ob Kinder aus der Unterschicht mithalten können oder abgehängt werden.

Etwa neun Milliarden Euro würde es nach OECD-Schätzung kosten, die Kinderbetreuung in den deutschen Kitas auf ein förderliches Niveau zu bringen. Neun Milliarden: Das ist so viel, wie die Große Koalition für ihr jüngstes Rentenpaket ausgibt.

Kita-Leiter Kühne: 2,92 Euro pro Kind und Monat

Schwimmen

„Am Ende der Jahrgangsstufe 4 können die Schülerinnen und Schüler schwimmen.“ So steht es im „Rahmenlehrplan Grundschule Sport“ für Berlin. Bei den Drittklässlern im bürgerlichen Bezirk Steglitz-Zehlendorf ist die Politik diesem Ziel schon ziemlich nahe gekommen. Nur 7,5 Prozent der Kinder im Berliner Südwesten können sich laut einer Übersicht des Senats nicht über Wasser halten. Im nicht so bürgerlichen Neukölln hingegen haben die Grundschulen noch viel zu tun, um den Lehrplan zu erfüllen. Hier liegt der Nichtschwimmeranteil nach der dritten Klasse bei 40,2 Prozent.

Das Problem ist: Die Verhältnisse werden nicht besser; denn für die Kinder der Jahrgangsstufe 4 gibt es überhaupt keinen Schwimmunterricht. Am Ende der dritten Klasse ist das Thema für die Berliner Grundschulen durch; es herrscht Lehrermangel, und es gibt nicht genug Bäder. Doch wie sollen 40,2 Prozent Nichtschwimmer in Neukölln jetzt schwimmen lernen? Zumal einige muslimische Eltern ohnehin der Ansicht sind, dass insbesondere ihre Töchter besser nicht in ein öffentliches Bad gehen sollten. „Leider versuchen strenggläubige Eltern, ihre Töchter vom Schwimmen fernzuhalten“, sagt Neuköllns neue Bezirksbürgermeisterin Franziska Giffey (SPD).

In Deutschlands Badeanstalten lässt sich exemplarisch beobachten, wie sich der Staat im Bildungswesen seiner Verantwortung entzieht. Nach Angaben der Rettungsschwimmervereinigung DLRG wurden seit 2007 bundesweit etwa 300 Bäder geschlossen, 500 weitere seien von Schließung bedroht. Auch das Kombi-Bad Gropiusstadt in Neukölln musste 2011 vorübergehend geschlossen werden; die Sanierung dauerte mehr als drei Jahre. Bei Neubauten hätten Erlebnisbäder mit Rutschen und Whirlpool Priorität, so die DLRG.

Weil gleichzeitig die Schulen beim Schwimmunterricht sparen, hängt es nun von den Eltern und ihrer Einsatz- und Zahlungsbereitschaft ab, ob die Kinder lernen, sich im Wasser zu bewegen. Private Schwimmschulen haben Zulauf. Die Gebühren für einen Anfängerkurs liegen freilich bei über hundert Euro für zehn Stunden. So zeigt das Beispiel auch, wie das Auseinanderdriften der Gesellschaft viele Durchschnittsfamilien berührt. Die Eltern aus der Mittelschicht können nicht damit rechnen, dass ihre Kinder in der Grundschule schwimmen lernen. Auf den Staat ist kein Verlass; jeder muss selbst sehen, wo er bleibt.

Die landeseigenen Berliner Bäderbetriebe immerhin wollen in diesem Sommer wieder Ferienschwimmkurse für Anfänger anbieten. Die Gebühr beträgt 75 Euro für 15 Stunden. Nach drei Wochen Unterricht sollen die Kinder die Seepferdchen-Prüfung ablegen; dazu zählt eine Tauchübung und ein beherzter Sprung vom Beckenrand.

Die Frage ist, ob auch Kinder aus armen Familien von dem Angebot profitieren. Womöglich sind 75 Euro im Monat für Hartz-IV-Empfänger zu teuer. Es gibt zwar ein Patenschaftsprogramm, bei dem Sponsoren wie die Imbisskette Nordsee die

FOTOS: JENS GYARMATY / VISUM / DER SPIEGEL

Mängelliste

Anteil der befragten Familien*, die aus finanziellen Gründen unterversorgt sind

- Bezug von SGB-II-Leistungen
- gesicherte Einkommenssituation

Kursgebühren für Bedürftige finanzieren. Doch das Budget reicht nur für etwa 500 Plätze.

Der neueste Schrei bei den Berliner Bädern sind freilich sogenannte Mermaiding-Kurse, in denen sich Mädchen als Meerjungfrau mit glitzernder Monoflosse verkleiden und eine Art Wasserballett einstudieren. Die Nachfrage übersteigt bei Weitem das Angebot. Der einstündige Einsteigerworkshop („Ein Mädchentraum wird wahr“) kostet 23,50 Euro. Zuzüglich Eintritt, versteht sich.

Essen

Vor dem Speisesaal der Bertha-von-Suttner-Gesamtschule im rheinischen Dormagen hat sich eine Schlange gebildet. Heute gibt es Hühnchen mit Stampfkartoffeln; das mögen viele Kinder gern. Binnen 45 Minuten werden mehr als 600 Schüler mit Essen versorgt.

Kein Kind aus den unteren Klassen soll hungrig in den Nachmittagsunterricht gehen, so hat es die Schulkonferenz beschlossen. Und vermutlich hätte die Bertha-von-Suttner-Gesamtschule dieses Ziel auch längst erreicht – wäre nicht die CDU-Politikerin und ehemalige Familienministerin Ursula von der Leyen vor einiger Zeit auf die Idee gekommen, sich der Sache mit dem warmen Mittagessen persönlich anzunehmen und ein „Bildungs- und Teilhabepaket“ auf den Weg zu bringen.

Vorher war es an der Bertha-von-Suttner-Gesamtschule üblich, dass Eltern, die sich das Essensgeld für ihre Kinder nicht leisten konnten, einen Zuschuss bekamen. Das Projekt hieß „Kein Kind ohne Mahlzeit“, das Geld stammte aus öffentlichen Mitteln und aus den Einnahmen des Schulkiosks. In manchen Jahren reichte es nur knapp, aber im Prinzip waren alle zufrieden. Bedürftigen Kindern konnte schnell geholfen werden; der Verwaltungsaufwand hielt sich in überschaubaren Grenzen.

Luxus-Kita Villa Ritz: Wehe dem, der den Anschluss verliert

Doch seit vor vier Jahren das von Ministerin von der Leyen angestoßene Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung in Kraft trat, haben sich die Abläufe für die Bedürftigen an der Bertha-von-Suttner-Schule geändert, leider nicht zu ihrem Vorteil.

Wenn sich Eltern das Essensgeld ihrer Kinder nicht leisten können, müssen sie sich nun zunächst beim Trägerverein der Schulmensa melden. Dort bekommen sie das Formular „BA ALG II – Antrag auf Leistungen für Bildung und Teilhabe“.

Mit diesem Formular geht es dann weiter zum Sozialamt, wobei – je nach Einzelfall – mal das Jobcenter in Neuss, mal der Fachbereich für Jugend, Soziales, Wohnen und Schule im Rathaus von Dormagen und mal eine Asylbewerberstelle zuständig ist. Die Behörde prüft, ob der Antrag berechtigt ist. Falls ja, wird ein Zuschuss von 1,45 Euro pro Tag gewährt; die Kosten für das Mittagessen in der Schulmensa verringern sich somit auf einen Euro.

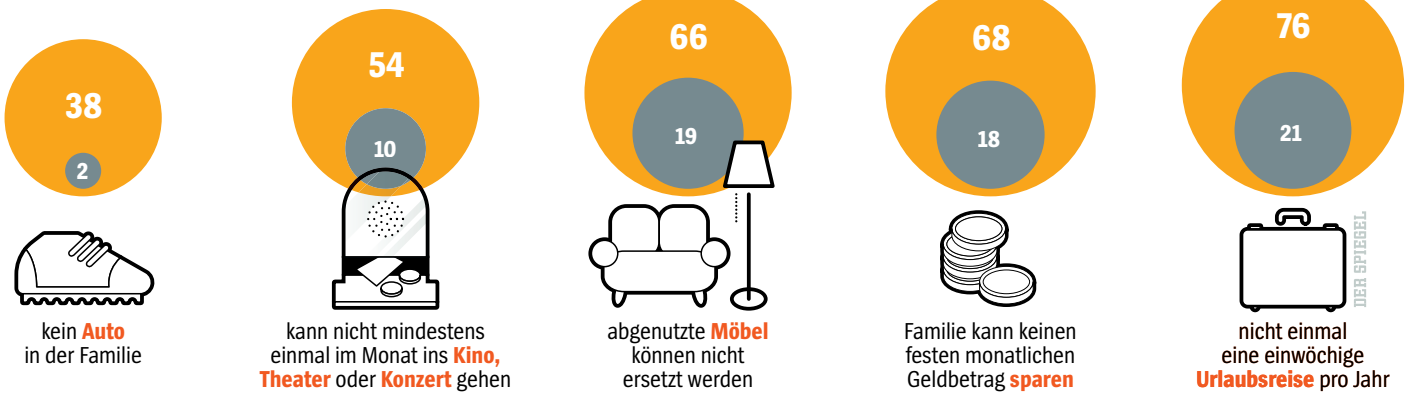
Allerdings wird das Geld nicht den betroffenen Eltern ausgezahlt, sondern dem Trägerverein der Schulmensa überwiesen, und zwar für einen Zeitraum von sechs Wochen bis sechs Monaten. Häufig rückwirkend. Sollten die Eltern nach dieser Zeit immer noch bedürftig sein, geht die ganze Prozedur von vorn los. Das Sozialministerium von Nordrhein-Westfalen hat hierzu eine erklärende Broschüre („Arbeitshilfe“) erarbeiten lassen; sie umfasst 119 Seiten.

Für den Trägerverein der Gesamtschulmensa hat das neue Verfahren dazu geführt, dass erst einmal neues Personal eingestellt werden musste. Nicht etwa für die Küche oder die Essensausgabe, sondern fürs Büro, um den Schriftverkehr zu bewältigen. „Der bürokratische Aufwand ist enorm gestiegen“, sagt Mensa-Geschäftsführerin Gudrun Karbach und präsentiert einen prallen blauen Leitz-Ordner („Bildung und Teilhabe, Teil 3, § 28/29 SGB II“). Selbst wenn es letztlich um bescheidene Beträge geht.

Auch das Sozialamt der Stadt Dormagen hat personell aufgerüstet. Irgendwer muss all die Anträge auf Bildung und Teilhabe ja entgegennehmen, prüfen und gegebenenfalls bewilligen.

Genaue Zahlen sind nicht zu erfahren, aber der frühere Dormagener Bürgermeister Heinz Hilgers (SPD) schätzt, dass die zusätzlichen Personalkosten in der Verwaltung um ein Vielfaches größer sind als die Gesamtsumme an Hilfeleistungen, die an die Bedürftigen ausbezahlt werden. „Gut möglich, dass es sich um das teuerste war-

Quelle: Studie „Kinder- und Familienarmut“ der Bertelsmann Stiftung;
* mit Kindern unter 15 Jahren; Angaben in Prozent



Schulmensa in Dormagen: Deutschlands teuerstes Mittagessen

me Mittagessen Deutschlands handelt“, sagt Hilgers – nur haben die Betroffenen nichts davon.

Tatsächlich gibt es jetzt sogar häufiger Ärger als früher. Es kommt beispielsweise vor, dass Eltern vergessen haben, rechtzeitig einen Antrag zu stellen. Gudrun Karbach vom Mensaverein muss dann Mahnbriefe schreiben, auch wenn es oft nur um die Frage geht, wer die drei Euro Bankgebühr für eine Rückbuchung übernimmt.

Die betroffenen Kinder wiederum müssten derweil eigentlich vom Mittagsessen ausgeschlossen werden, sagt Karbach, „aber das kommt natürlich nicht infrage“. Die Frauen an der Essensausgabe regelten das auf ihre Art, so wie früher: Kein Kind ohne Mahlzeit; wer Hunger hat, darf essen.

Der Deutsche Kinderschutzbund hält das Bildungs- und Teilhabepaket für gescheitert. Dabei klang es nach einem klugen Plan. Armen Familien sollte konkret geholfen werden, vom Zuschuss fürs Schulessen bis zum Mitgliedsbeitrag für den Sportverein. Doch das Projekt entwickelte sich zur Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Bürokraten. Sachbearbeiter in den Arbeits- und Sozialbehörden müssen nun im Einzelfall entscheiden, ob ein Kind Anspruch auf Nachhilfeunterricht in Englisch oder Mathe hat, damit es nicht sitzen bleibt.

Jeder Reisekostenzuschuss zur Klassenfahrt wird kontrolliert, jeder geförderte Schulmalkasten geprüft. Denn nicht jeder Antrag wird bewilligt. In Berlin zum Beispiel war es bislang nicht möglich, die 75 Euro Gebühren für den erwähnten Anfängerschwimmkurs über das Bildungs- und Teilhabepaket abzurechnen, weil für dieses spezielle Kursangebot nicht das Jobcenter zuständig ist, sondern ein Kinder- und Jugendgesundheitsdienst in den Berliner Bezirken. Und die beiden Behörden stimmen sich offenbar nicht ab.

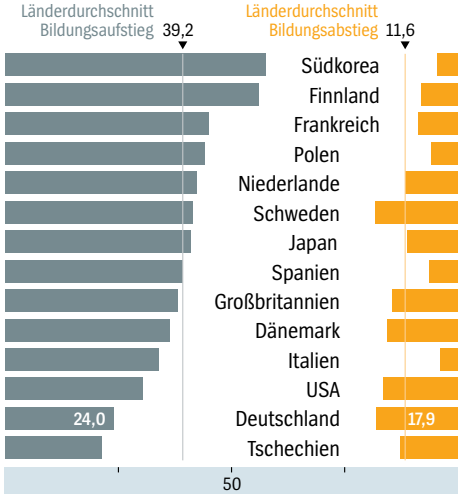
Der Deutsche Kinderschutzbund schätzt, dass in Jobcentern und Sozialämtern etwa 10 000 Vollzeitkräfte damit beschäftigt sind, das Bildungs- und Teilhabepaket zu verwalten. Die dadurch verursachten Personalkosten lägen bei etwa 850 Millionen Euro im Jahr.

Das Bildungs- und Teilhabepaket ist ein Beispiel für Bürokratiebesessenheit, aber auch für das merkwürdige Elternbild, das in der deutschen Familienpolitik vorherrscht. Einerseits unterstellt die Regierung den Eltern implizit, sie wüssten nicht, wie wichtig ein warmes Mittagessen für ihre Kinder ist. Deshalb wird ihnen der Zuschuss auch nicht einfach aufs Konto überwiesen. Sie könnten es ja, so der Generalverdacht, für Schnaps und Zigaretten auf den Kopf hauen. Andererseits mutet die Politik just diesen Eltern ein Verfahren zu, für das man 120 Seiten Gebrauchsanweisung studieren muss und das 10 000 Sachbearbeiter auf Trab hält.

Wie passt das zusammen? Und was kann wirklich getan werden, um den Bedürftigen zu helfen?

Bildungsmobilität

Anteil der 25- bis 64-Jährigen, deren Bildungsabschluss höher oder niedriger als der ihrer Eltern ist, in Prozent



Stand: 2012; Quelle: OECD

Helfen

Die Frau, die genauer weiß, wie es hinter den Wohnungstüren im Hartz-IV-Milieu zugeht, heißt Kathrin Schumacher und ist ein Mensch mit vielen Talenten. Sie kennt sich in der Frauen- und Kindermedizin aus, ist halb Psychotherapeutin und halb Sozialarbeiterin, hilft als Ernährungsberaterin und Behördenlotsin. Denn das alles muss eine „Familienhebamme“ können, zu deren Aufgaben es gehört, junge Mütter zu beraten, die arm oder krank sind oder sonst wie eine Hilfe benötigen.

Frauen wie Kathrin Blottnicki, 18, also. Die Lübeckerin hat keinen Schulabschluss und lebt von Sozialhilfe. Sie ist zum ersten Mal schwanger, macht sich jede Menge Sorgen und ist entsprechend froh, dass nun Kathrin Schumacher neben ihr auf der Couch sitzt, Decken und Stofftiere um sie herum.

Die Hebamme lobt, weil Blottnicki die teuren Vitamine in der Apotheke kauft, die der Arzt empfohlen hat. Sie beruhigt, als Blottnicki erzählt, wie viele Gedanken sie sich ums Essen mache und dass sie nun viel Obst mit Magerquark esse. Sie erklärt den Fußweg zum Landesamt und zur Schwangeren-Beratungsstelle. Sie empfiehlt, einen Antrag bei der Mutter-Kind-Stiftung zu stellen, dort gibt es Geld für die erste Baby-Ausstattung.

Die Beratung durch Familienhebammen ist eine der sinnvollsten Maßnahmen, mit denen der Staat arme Eltern unterstützt. Ein „niedrigschwelliges Angebot“, wie es in der Fachsprache heißt, um auch Familien zu erreichen, die eigentlich mit Ämtern und Behörden nichts zu tun haben wollen, weil sie sich von ihnen gegängelt fühlen, sich nicht trauen oder es lieber allein schaffen wollen.

Die Helferinnen telefonieren mit dem Jugendamt, organisieren Termine beim Kinderarzt oder geben bedürftigen Müttern jene Tipps, die bessergestellte Frauen mit ihresgleichen in der Krabbelgruppe

FOTO: SELINA PFRUENER / DER SPIEGEL

aus der Nachbarschaft austauschen. Vor allem ist es für die betroffenen Frauen nicht peinlich, wenn eine Hebamme zu Besuch kommt.

In Skandinavien sind die Familienberaterinnen ein großer Erfolg. Sie bieten kostenlose Hausbesuche an, für die wohlhabenden Eltern aus der Vorstadt genauso wie für die Migrantenfamilie im Einwandererviertel. Selbst Dänemarks Kronprinzessin Mary bekam nach der Geburt ihres Sohnes Christian Besuch von einer Kinderkrankenschwester.

In Deutschland dagegen ist es Zufall, ob Kommunen Familienhebammen beschäftigen oder nicht. Der Bund hat zwischen 2012 und 2015 nur 177 Millionen Euro in das Programm gesteckt; mancherorts kommen nicht einmal solche Mütter in den Genuss der Hilfe, die ausdrücklich danach fragen.

Und davon gibt es womöglich viele, wie die Familienforscherin Sabine Andresen von der Universität Frankfurt herausgefunden hat. Seit Jahren interessiert sie sich für die unterschiedlichen Lebensumstände von Kindern. Sie betreut eine Langzeitstudie, bei der regelmäßig etwa 2500 Kinder und Jugendliche nach ihren Vorlieben und Einschätzungen befragt werden.

Für eine neue Studie hat sich Andresen nun auch bei den Eltern erkundigt. In Interviews fand sie heraus, dass das Klischee von der verwahrlosten, an Bildung und Erziehung desinteressierten Unterschicht falsch ist.

Stattdessen leiden demnach viele Eltern darunter, ihren Kindern nicht viel bieten zu können. Die Bereitschaft, für das Wohl der Kinder die eigenen Interessen zurückzustellen, sei groß, stoße aber an Grenzen. „Die Eltern wissen, dass Bildung essenziell ist, können ihren Kindern aber oft nicht helfen“, so Andresen. Beim Umgang mit Behörden fühlten sie sich häufig überfordert.

Andresen glaubt, dass es die Lage vieler Kinder verbessern würde, wenn sich die Politik die Liebe der Eltern zu ihren Kindern zunutze machte. Eltern sollten nicht als Problemverursacher angesehen werden, sondern als Verbündete.

Vorsorgen

In vielen kommunalen Kindergärten soll in der kommenden Woche gestreikt werden. Die Erzieher fühlen sich unterbezahlt. Berufseinsteiger bekommen derzeit 2367 Euro brutto im Monat, Jahre später können es auch mal 3290 Euro sein. Die Gehälter der Erzieher liegen damit etwa auf dem Niveau der Lokführer, die zuletzt ja auch keinen zufriedenen Eindruck machten.

Der Erzieherstreik ist sicher ärgerlich für die betroffenen Eltern. Aber bei allem Verständnis für die Finanznot der Städte könnte der Streik ein Anlass sein, grundsätzlich darüber nachzudenken, ob Kommunen ihr Geld nicht besser für mehr Erzieher ausgeben sollten als für mehr Sachbearbeiter in der Essensgeldbewilligungsstelle.

Der deutsche Sozialstaat ist von der Vorstellung geprägt, Gerechtigkeit lasse sich dadurch erreichen, dass man den einen gibt, was man den anderen nimmt. Etwa 665 Milliarden Euro werden nach dieser Logik jährlich umverteilt, ein Viertel der gesamten Wirtschaftsleistung. Der Sozialstaat versteht sich als großes Pumpensystem.

Doch dieser Gerechtigkeitsbegriff setzt womöglich am falschen Ende an. Gerecht ist eine Gesellschaft nicht, wenn sie alle Unterschiede so weit wie möglich einebnet. Gerecht ist eine Gesellschaft vielmehr, wenn sie allen Bürgern, unabhängig von deren Herkunft und Status, dieselben Chancen einräumt, das Gleiche zu erreichen.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) urteilt: „Die Schere geht immer weiter auseinander. In fast keinem Industrieland ist die Chancengleichheit geringer als in Deutschland.“ Man erkennt das an den großen Unterschieden beim Bruttoeinkommen. Der sogenannte Gini-Koeffizient, also das Spaltmaß, mit dem Ökonomen die Ungleichheit einer Gesellschaft ausdrücken, liegt zunächst über dem Durchschnitt der OECD-Länder. Erst die Umverteilungen und Reparaturarbeiten durch die Sozialkassen bewirken, dass sich die Verhältnisse etwas mehr angleichen und der Gini-Koeffizient sinkt.

DIW-Chef Fratzscher sieht darin einen Konstruktionsfehler. Anstatt Gerechtigkeitslücken nachträglich zu schließen, wäre es besser, zu verhindern, dass diese Lücken überhaupt entstehen.

Ein vorsorgender Sozialstaat würde seine Kraft darauf konzentrieren, Kinder möglichst früh zu fördern, um ihre Erfolgschancen zu verbessern. Er würde sehr viel mehr Geld als heute für Schwangerenberatungsstellen, Kindergärten, Schulen, Schwimmbäder, Sportvereine und Jugendklubs ausgeben und so eine staatliche Infrastruktur schaffen, von der alle profitieren.

Ein vorsorgender Sozialstaat würde die Eltern nicht ersetzen, aber es eben auch nicht der Geburtslotterie überlassen, ob aus Kindern Gelehrte oder Fabrikbesitzer werden oder Hartz-IV-Empfänger oder Hilfsarbeiter.

Vor allem aber würde er auch der Mittelschicht einen Teil ihrer Abstiegsangst nehmen. Wer heute Status und Einkommen verliert, büßt zwangläufig auch Chancen ein, nicht zuletzt für die eigenen Kinder. Im Vorsorgestaat dagegen könnte er auf die Kraft einer schützenden staatlichen Infrastruktur vertrauen.

Chefarzt Christoph Bührer von der Säuglingsklinik der Berliner Charité hat hierzu eine interessante Studie veröffentlicht. Zusammen mit Kollegen wertete er die Einschulungsuntersuchungen von mehr als 130 000 Berliner Kindern aus den vergangenen Jahren aus. Die Ergebnisse bestätigten zunächst seine Befürchtungen: Je ärmer die Familie, umso größer ist der sozialpädagogische Förderbedarf. Viele seiner Frühchen hatten es wegen der Kombination aus geringem Geburtsgewicht und niedrigem Sozialstatus besonders schlecht getroffen.

Doch Bührer entdeckte auch einen Hoffnungsschimmer. Einigen Frühchen war es gelungen, ihren Nachteil wettzumachen und zu den anderen aufzuschließen, so die Statistik: Es waren jene Kinder, die für mindestens zwei Jahre einen Kindergarten besucht hatten.

Ann-Katrin Müller, Alexander Neubacher

FOTO: JENS GYARMATY / VISUM / DER SPIEGEL

Ratsuchende Blottnicki, Familienhebamme Schumacher: Helfen statt gängeln